

Die SPD quält sich mit der „P-Frage“

Ihre „K-Frage“ um die Kanzlerkandidatur 2009 hat die SPD bisher nicht geklärt, da muss sie sich auch noch mit einer „P-Frage“ herumquälen: Soll sie in gut einem Jahr, am 23. Mai 2009, in der Bundesversammlung den amtierenden Präsidenten Horst Köhler mitwählen, falls der zu einer zweiten fünfjährigen Amtszeit bereit ist? Allzu lang können sich die Sozialdemokraten nun nicht mehr auf die Formel zurückziehen, dass man „aus Respekt vor dem Amt“ in Ruhe Köhlers Entscheidung abwarte. Denn das Staatsoberhaupt will sich in Kürze dazu erklären.

Ein großkoalitionär-pragmatisches Ja also zum konservativen Politik-Seiteneinsteiger Köhler – oder doch selbstbewusst mit einem eigenen Kandidaten antreten, möglichst mit einer populären SPD-Frau? Vor und während des Pfingstweekendes schwoll der Chor derjenigen SPD-Politiker an, die ein eigenes Angebot bevorzugen würden.

„Gewiss, Horst Köhler ist ein freundlicher Mensch – aber ist Nettsein eine ausreichende Qualifikation für das höchste deutsche Staatsamt?“, fragte provokativ Sebastian Edathy, der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses. Als namhafter Vertreter der SPD in den Ländern verkündete der schleswig-holsteinische Parteichef Ralf Stegner, man habe als „älteste deutsche Volkspartei grundsätzlich das Interesse an eigenen Kandidaten, zumal für das höchste Staatsamt“.

Edathy sprach mit einem Gegenvorschlag aus, was viele in der Partei denken – dass man es doch noch mal mit der hoch angesehenen Gesine Schwan versuchen könnte, die 2004 nur knapp gegen Köhler unterlegen war. Die Uni-Präsidentin mit SPD-Parteibuch müsse „mit Sicherheit in Sachen Beliebtheit den Vergleich mit Köhler nicht scheuen“. Für diese Idee könnten sich zahllose Sozialdemokratinnen begeistern, denn, so die SPD-Familienpolitikerin Kerstin Griese: „Nun ist eine Frau dran, das Amt des Staatsoberhauptes zu übernehmen.“ Ihr fielen dazu noch andere Namen ein: die frühere Verfassungsrichterin Jutta Limbach (SPD), aber auch Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) oder Ex-Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU).

Der Widerstand in den eigenen Reihen bringt den SPD-Chef in die Klemme. Kurt Beck denke darüber nach, den beliebten Köhler durch die Sozialdemokraten mitwählen zu lassen, berichtete ein Magazin. Der SPD-Abgeordnete Gunter Weißgerber warnte denn auch vor einem Imageverlust: Wenn man Köhler ablehne, stehe der SPD „weiterer nachhaltiger Schaden bei den Bürgern“ bevor. Um jemanden aus dem Amt zu werfen, „sollte dieser Jemand vorher deutlich versagt haben. Einen solchen Vorwurf kann ich Herrn Köhler nicht machen.“

Die aktuelle Zusammensetzung der Bundesversammlung – je zur Hälfte Bundestagsabgeordnete beziehungsweise Wahlmänner und Wahlfrauen der Länder – lässt auf knappe Verhältnisse im Mai 2009 schließen. Nach CDU-Verlusten in Hessen, Niedersachsen und Hamburg ist die Zahl der Sitze von Union und FDP auf 614 geschrumpft – bei insgesamt 1224 Sitzen die knappste Mehrheit.

Sollte sich die SPD-Spitze am Ende dennoch zu einer Empfehlung für die Wahl Köhlers durchringen, wäre dies für die Delegierten nicht bindend. Sie könnten auch von anderer Seite in Versuchung geführt werden – falls Grüne oder Linke einen starken Kandidaten aufbieten sollten. Beide Parteien haben über ihr Vorgehen in der „P-Frage“ noch nicht entschieden. Die Linke-Vorgängerin PDS hatte 1999 die Theologin Uta Ranke-Heinemann gegen Johannes Rau aufgestellt, die Grünen 1984 die Schriftstellerin Luise Rinser gegen Richard von Weizsäcker. Beide waren chancenlos – auch weil sich die SPD nicht für sie begeisterte.

Werner Herpell, dpa

„Verschleierungstaktik“ im Heiligen Land

Evelyn Hecht-Galinski klagt: Im Gazastreifen betreibt Israel eine genozidale Politik

Von Gerald Schneider

Israel will alles ...“ – lautete das Motto des Vortragsabends im Karmelitenkloster in Straubing. Evelyn Hecht-Galinski, die Tochter des langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, sprach über die Situation der Palästinenser im Heiligen Land und das Verhalten Israels gegenüber seinen arabischen Mitbewohnern und Nachbarn. Gerade als der Staat Israel den 60. Jahrestag seiner Staatsgründung gefeiert hat, ergänzte Hecht-Galinski die drei Punkte im Motto des Abends: „Israel will alles – außer Frieden.“ Zum Beleg schilderte Hecht-Galinski die Lebensumstände der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen und dem Westjordanland und stellte dar, wie Israel es immer wieder schaffe, durch Verschleierungen, Drohungen und Lügen die Weltöffentlichkeit auf seine Seite zu ziehen.

Der Verein „MUSA'ADE – Hilfe und Hoffnung für Bethlehem“ hatte zu diesem Abend eingeladen. Pater Rainer Fielenbach, der das Heilige Land aus einer Vielzahl von Reisen aus eigenem Erleben gut kennt, mahnte schon zur Einführung: „Die Gründungsgeschichte des Staates Israel gerät oft in Vergessenheit“ und daher sei vielen „die wirkliche Situation in Palästina unbekannt.“

Von „ethnischen Säuberungen“ in den Palästinensergebieten berichtete Hecht-Galinski, ein „Unrecht“ für das sie sich insbesondere als deutsche Jüdin und Tochter eines Holocaust-Überlebenden „nicht instrumentalisieren“ lassen will. Daher habe sie sich ein Zitat ihres Vaters zu eigen gemacht: „Ich habe Auschwitz nicht überlebt, um zu neuem Unrecht zu schweigen.“ Denn gerade die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus müssten eine Mahnung sein „nicht wieder kollektiv wegzuschauen.“ Und die Ereignisse zwischen 1933 und 1945 seien der Ausgangspunkt für die Staatsgründung Israels und damit die jetzige Situation der Palästinenser.

Von „Wegschauen“ sei aber nicht nur die deutsche Gesellschaft, in Bezug auf das Verhalten Israels, geprägt. Die Bewohner des jüdischen Staates bezeichnet Hecht-Galinski als eine „autistische Gesellschaft“, die das Leid der Palästinenser einfach nicht wahrnehme. Beispielsweise habe der Staat Israel bis heute seine eigenen territorialen Grenzen nicht definiert. Allein das mache es der Palästinenserorganisation Hamas unmöglich, Israel anzuerkennen, da der jüdische Staat sein Territorium „ständig mit Gewalt erwei-



Evelyn Hecht-Galinski.

(Foto: Unterholzner)

tert hat“. Die Liste der „Verbrechen Israels“ sei lang, stellte Hecht-Galinski fest, und der Staat verfolge eine „Politik des Tötens“, werde aber dennoch von der „Weltgemeinschaft hofiert“.

Im Westjordanland führe Israel ständig Strafaktionen durch, obwohl von dort aus keine Kassam-Raketen abgeschossen würden. Treibstoffe und Energie würden, obwohl von den Palästinensern bezahlt, nicht geliefert. Zusammen mit der Siedlungspolitik führe das dazu, dass die Westbank kein geschlossenes Gebiet sei, sondern aus „elf Kantonen und Unterkantonen“ bestehe. Mauern umschlossen ganze Ortschaften und zahlreiche Einrichtungen wie wichtige Verbindungsstraßen seien einzig jüdischen Staatsbürgern vorbehalten. Der frühere US-Präsident Jimmy Carter habe dieses Vorgehen als „Apartheidssystem“ bezeichnet. Insbesondere der „Jerusalemkeil“ zerschneide das Westjordanland in zwei Teile, erklärte Hecht-Galinski.

Auch die Wirtschaft im Westjordanland liege völlig am Boden oder werde von Israel dominiert. Und dies sei sehr lukrativ. Der Handel, den Israel mit den Palästinensergebieten betreibe, habe ein Volumen

von jährlich zwei Milliarden Dollar. Schon heute lebten zahlreiche Palästinenser von den großen Müllkippen und suchten dort nach Verwertbarem, da sie selber keine Chance hätten, ökonomisch Fuß zu fassen.

Im Gazastreifen, dem zweiten palästinensischen Siedlungsgebiet am Mittelmeer, verfolge Israel eine „genozidale Politik“, da die Menschen dort fast verhungerten. So habe das „Israel des 21. Jahrhunderts“ an seinen Rändern „zwei Megagefängnisse“ geschaffen. Selbst sehe sich der jüdische Staat aber gerne in der „Opferrolle“ und nenne sich dabei Demokratie. „Aber Israel ist eine Ethnokratie“ da es demokratische und rechtsstaatliche Praktiken nur seinen jüdischen Einwohnern zugestehen, sagte die Israel-Kritikerin.

Kritik an seinem Vorgehen lasse Israel nicht zu. Jüdische Mahner würden als „Selbsthasser“ verunglimpft, nicht-jüdische Mahner als Antisemiten bezeichnet. Doch durch diesen „inflationären Gebrauch“ dieses Begriffs würde er zu einer leeren Hülse. „Den Begriff Antisemit muss es geben, aber er muss seine Bedeutung dort haben, wo es angemessen ist.“

Weltweit sei die „Israel-Lobby“ gut aufgestellt und achte darauf,

dass Israel im rechten, also ihm genehmen Lichte, dargestellt werde.

Als Vertreter dieser „Lobby“ bezeichnete Hecht-Galinski den „früheren Autor der Sankt-Pauli-Nachrichten“ und heutigen Spiegel-Autor Henryk M. Broder. Dieser klage jüdische Kritiker am Staat Israel stets als „Selbsthasser“ an. Auch andere wie Arno Lustiger, ein Cousin des kürzlich verstorbenen Erzbischofs von Paris betätigte sich als Pro-Israel-Lobbyist. Hecht-Galinski habe dies am eigenen Leib erfahren, denn sowohl sie selbst als auch Medien, die etwa Interviews mit ihr veröffentlichten wollten, seien unter Druck gesetzt worden. Das trafe auch auf die Korrespondenten ausländischer Medien in Israel zu. Hier würde penibel darauf geachtet, dass Israelkritisches klein gehalten werde. Dieser Druck reiche bis hin zu Morddrohungen.

Die Lobbyarbeit reiche laut Hecht-Galinski bis hinein in die Politik. Die USA verteidigten Israel ohnehin bei jeder Gelegenheit auf internationaler Bühne, die EU sei „gehorsam“ und unterstütze die „Kriegsverbrechen“ Israels sowohl ideell als auch finanziell. „Der Skandal darin ist: Die Weltgemeinschaft kennt das Problem, benennt es aber nicht“, meinte Hecht-Galinski. So werde bei den immer wiederkehrenden Friedenskonferenzen „über alles gesprochen, nur nicht über den Kern der Sache.“ Deshalb sei zunächst eine Konferenz nötig, die Frieden unter den Palästinensern schaffe. Denn Israel sei an keinem „gerechten Frieden“ interessiert und gebe immer vor, zu verhandeln, schaffe in der Zwischenzeit aber stets neue Fakten. Dazu stelle das Land seine Kriegsbereitschaft immer wieder aufs Neue unter Beweis.

Um diese Situation zu beenden, fordere Hecht-Galinski insbesondere von den Deutschen, die „Passivität“ zu durchbrechen und den gezielten „Falschinformationen entgegenzutreten“. Es dürfe nicht sein, dass selbst wohlmeinende Kritiker ständig in „Sippenhaft“ genommen würden, mit dem Verweis auf den Holocaust. Wie nötig diese Veränderung sei, beweise auch der Umstand, dass 72 Prozent aller Juden nicht in Israel leben wollen und 99 Prozent der Kinder israelischer Politiker im Ausland lebten. Daher dürfe Israel seinen Jahrestag nicht feiern, indem es das Elend der Palästinenser verschweige. Israel müsse endlich mit der Hamas verhandeln und seine Tötungsaktionen beenden. International brauche Israel „keine Vasallen, sondern Druck und nochmals Druck“, forderte Hecht-Galinski.

Steuerkonzept der CSU ist ein Erfolgsmodell

Interview mit dem Bundesminister für Ernährung und Verbraucher, Horst Seehofer

Am Montag hatte CSU-Chef Erwin Huber ein Steuerkonzept vorgelegt, an dem auch der Chef der CSU-Landesgruppe, Peter Ramsauer, sowie die Bundesminister Glos und Seehofer beratend mitgewirkt haben. Alle anderen Parteien – auch die CDU – sind geradezu reflexartig mit Abscheu, Hohn und Spott darüber hergefallen. Trotz der Verrisse in Medien und Parteien reagierte die Bevölkerung vorwiegend positiv. Kanzlerin Angela Merkel hat den CSU-Vorschlag begrüßt und eine Wende in der Steuer-Diskussion eingeleitet. Darüber sprach Hannes Burger mit dem CSU-Vize und Bundesverbraucherminister Horst Seehofer.

Herr Minister, wird das der CSU neue Stimmen bringen?

Seehofer: Dieses Steuerkonzept wird ein Erfolgsmodell. Bei steigenden Preisen und steigenden Löhnen profitiert nur einer: Das ist der Staat. Und wenn der Staat jetzt auf Vorschlag der CSU etwa ein Viertel der zusätzlichen Steuereinnahmen

den Bürgern wieder zurückgibt, ist das längst überfällig, weil es seit 10 Jahren nicht mehr geschehen ist.

Hilft das der CSU jetzt aus ihrem Umfragetief heraus?

Seehofer: Das Konzept ist nicht dazu da, unsere Umfragewerte zu verbessern. Wir haben es gemacht, damit schlicht und einfach die Leistungsträger in unserer Gesellschaft – das sind Arbeitnehmer und Mittelstand – nicht ständig über die kalte Progression im Steuerrecht bestraft werden.

Die CSU hätte aber bessere Umfrageergebnisse nötig?

Seehofer: Als Nebeneffekt ist das auch durchaus willkommen. Bei einer Umfrage 48 Prozent zu erhalten ist sicher nicht das, was wir uns wünschen. Aber wir haben dieses Tief als Auftrag und Ansporn verstanden, wieder um das Vertrauen der Menschen zu kämpfen und das auch mit Inhalten. Eines der größten Ärgernisse für die Bürger ist im Moment die Tatsache, dass wir seit Jahren ein reales Wirtschafts-

wachstum haben, aber kein reales Einkommenswachstum. Deshalb ist es dringend notwendig, auch die reale Einkommenssituation der Menschen zu verbessern.

Ein paar Schritte in diese Richtung hat auch die Koalition in den letzten Monaten getan.

Seehofer: Wir haben BaföG und das Wohngeld erhöht, den Kinderzuschlag beim Arbeitslosengeld, die Renten stärker als ursprünglich vorgesehen und die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängert. Wir haben mit einer Reihe von Maßnahmen die soziale und wirtschaftliche Situation der Menschen verbessert, die auf staatliche Transferzahlungen angewiesen sind.

Nächstes Jahr soll eine Verbesserung für Familien kommen.

Seehofer: Richtig. Und jetzt ist unser Vorschlag, die Arbeitnehmer und den Mittelstand, also die Leistungsträger, zu entlasten. Ich bin sicher, dass diese CSU-Idee Realität wird. Wer kann etwas dagegen haben, dass eine Krankenschwester

nach unserem Steuerkonzept 450 Euro im Jahr mehr hat?

Wie soll man sich diese Empörung gegen den Vorschlag erklären?

Seehofer: Das ist die deutsche Diskussionskultur. Man diskutiert nicht über den Vorschlag, sondern über den Zeitpunkt und den Urheber. Das ist ein Reflex. Wenn die CSU – wie so oft in ihrer Tradition – vorausmarschiert, hat man allein deshalb erst einmal Widerstand. Das beginnt sich aber bereits zu drehen, denn die Meinungsumfragen in der Bevölkerung dazu sind mehrheitlich positiv.

Wird das weiter anwachsen?

Seehofer: Ja, denn niemand wird sich dem Wunsch der Bürger entziehen können, von der Steuerlast befreit zu werden. Allein, dass die SPD binnen Stunden einen Gegenentwurf angekündigt hat, zeigt, dass wir ein Urbedürfnis in unserer Gesellschaft getroffen haben: Die Masse der Normalverdiener dieses Landes will endlich auch vom Wirtschaftswachstum profitieren.